

Schriften zum geistigen Eigentum  
und zum Wettbewerbsrecht

125

Philipp Sebulke

Zivilprozessualer Geheimnisschutz  
im Anschluss an das Gesetz zum Schutz  
von Geschäftsgeheimnissen



**Nomos**

Schriften zum geistigen Eigentum  
und zum Wettbewerbsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Christian Berger, Universität Leipzig  
Prof. Dr. Horst-Peter Götting, Techn. Universität Dresden

Band 125

Philipp Sebulke

**Zivilprozessualer Geheimnisschutz  
im Anschluss an das Gesetz zum Schutz  
von Geschäftsgeheimnissen**



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Bayreuth, Univ., Diss., 2021

ISBN 978-3-8487-8225-3 (Print)

ISBN 978-3-7489-2647-4 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Meinen Eltern*



## Vorwort

Wie kann ein Geschäftsgeheimnis Gegenstand eines Zivilprozesses sein, ohne seinen Geheimnischarakter zu verlieren? Diese Frage wird in der Zivilprozessrechtswissenschaft schon seit mehr als vierzig Jahren diskutiert. Das dahinterstehende Spannungsfeld zwischen prozessuellem Informationszugang und effektivem Geheimnisschutz konnte indes nach bisheriger Rechtslage in der Praxis nicht zufriedenstellend aufgelöst werden. Der materiell-rechtlich gewährleistete Schutz von Geschäftsgeheimnissen drohte zu verkümmern, da sie im Prozess weitgehend schutzlos gestellt waren. Gleichzeitig bilden Geschäftsgeheimnisse in einer zunehmend digitalisierten und wissensbasierten Geschäftswelt einen wichtigen und wachsenden Wettbewerbsfaktor für Unternehmen.

Die Richtlinie (EU) 2016/943 vom 8. Juni 2016 über den Schutz von Geschäftsgeheimnissen und das ihrer Umsetzung in das deutsche Recht dienende Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG), das am 26. April 2019 in Kraft getreten ist, enthalten wesentliche Neuregelungen im Hinblick auf den zivilprozessualen Geheimnisschutz. Mit meiner Arbeit möchte ich einen Beitrag dazu leisten, vor dem Hintergrund dieser Neuregelungen Anwendungsmaßstäbe zu erarbeiten, die es Geheimnisinhabern künftig in zumutbarer Weise erlauben, Geschäftsgeheimnisse in einen Zivilprozess einzubringen. Die Arbeit wurde im Wintersemester 2020/21 von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung befinden sich auf dem Stand von Anfang Juni 2020.

Mein herzlicher Dank gilt Prof. Dr. *Bernd Kannowski*, an dessen Lehrstuhl ich mit Freude viele Jahre neben Studium und Referendariat tätig sein durfte und der in mir die Motivation für ein Dissertationsvorhaben geweckt hat. Vielen Dank für die hervorragende Betreuung, die zügige Erstellung des Erstgutachtens sowie die Unterstützung bei der Veröffentlichung der Arbeit. Prof. Dr. *Robert Magnus* danke ich herzlich für die Erstellung des Zweitgutachtens. Für die Aufnahme in diese Schriftenreihe danke ich Prof. Dr. *Christian Berger* und Prof. Dr. *Horst-Peter Götting*, LL.M (London).

Zu Dank bin ich ferner der Sozietät Freshfields Bruckhaus Deringer, insbesondere dem Team um *Matthias Koch* und Dr. *Andrea Lensing-Kramer*, verpflichtet, die mir die Umsetzung des Dissertationsvorhabens in dieser

*Vorwort*

Form ermöglicht haben und mir wertvolle Unterstützung zu Teil werden ließen. Besonders bedanken möchte ich mich in diesem Zusammenhang bei Dr. *Tobias Timmann* und Dr. *Oliver Talhoff* für eine Vielzahl von weiterführenden Diskussionen sowie die Möglichkeit, interessante erste Einblicke in die praktische Anwendung der neuen gesetzlichen Regelungen zu erlangen.

Mein größter Dank gilt schließlich meinen Eltern, *Werner und Christina Sebulke* sowie *Ingrid und Stephan Reichert*, denen diese Arbeit gewidmet ist. Vielen Dank für eure Unterstützung und euren Zuspruch während meiner gesamten juristischen Ausbildung.

Düsseldorf, im März 2021

*Philipp Sebulke*



## Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	25
§ 1 Wirtschaftliche Bedeutung des Geheimnisschutzes	27
§ 2 Die GeschGeh-RL und das GeschGehG	30
§ 3 Untersuchungsgegenstand und Gang der Untersuchung	31
Teil 1: Grundlagen	33
§ 1 Der neue rechtliche Rahmen: Das GeschGehG im Überblick	33
§ 2 Der Begriff des Geschäftsgeheimnisses	40
§ 3 Das Geschäftsgeheimnis im Zivilprozess	81
§ 4 Zusammenfassung	104
Teil 2: Maßnahmen zivilprozessualen Geheimnisschutzes	106
§ 1 Der Status quo ante	106
§ 2 Weitergehende Lösungsansätze aus Literatur und Praxis	138
§ 3 Zusammenfassung	170
Teil 3: Neuregelungen der §§ 16 ff. GeschGehG	173
§ 1 Anwendungsbereich: „Geschäftsgeheimnisstreitsachen“	173
§ 2 Einstufung einer Information als geheimhaltungsbedürftig	194
§ 3 Beschränkung des zugangsberechtigten Personenkreises	273
§ 4 Ausschluss der Öffentlichkeit	314
§ 5 Anordnungen nach § 19 Abs. 1 S. 4 GeschGehG	319
§ 6 Zusammenfassung	327
Teil 4: Geheimnisschutz außerhalb von Geschäftsgeheimnisstreitsachen	332
§ 1 Problemlage	332
§ 2 Lösungsmöglichkeiten	334
§ 3 Zusammenfassung	357

*Inhaltsübersicht*

Fazit	359
Anhang: Vorschlag zur Neufassung der §§ 16 ff. GeschGehG	367
Literaturverzeichnis	371
Onlinequellen	389

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	25
§ 1 Wirtschaftliche Bedeutung des Geheimnisschutzes	27
§ 2 Die GeschGeh-RL und das GeschGehG	30
§ 3 Untersuchungsgegenstand und Gang der Untersuchung	31
Teil 1: Grundlagen	33
§ 1 Der neue rechtliche Rahmen: Das GeschGehG im Überblick	33
A. Allgemeines, §§ 1–5 GeschGehG	33
B. Ansprüche bei Rechtsverletzungen, §§ 6–14 GeschGehG	35
C. Verfahren in Geschäftsgeheimnisstreitsachen, §§ 15–22 GeschGehG	37
D. Straftatbestände, § 23 GeschGehG	39
§ 2 Der Begriff des Geschäftsgeheimnisses	40
A. Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse gem. § 17 UWG a. F.	40
I. Unternehmensbezug	41
II. Fehlende Offenkundigkeit	42
1. Allgemeine Bekanntheit	43
2. Leichte Zugänglichkeit	44
3. Begrenzter Personenkreis	44
III. Geheimhaltungswille	46
IV. Geheimhaltungsinteresse	46
B. Art. 39 Abs. 2 TRIPS	47
C. Definition des § 2 Nr. 1 GeschGehG	49
I. Unternehmensbezug	50
II. Fehlende Offenkundigkeit	51
III. Geheimhaltungsinteresse und wirtschaftlicher Wert	52
1. Verweis auf Rechtsprechung des BVerfG	53
2. Identität zwischen Geheimhaltungsinteresse und wirtschaftlichem Wert	55

*Inhaltsverzeichnis*

3. Richtlinienkonformität des § 2 Nr. 1 lit. c GeschGehG	57
IV. Angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen statt Geheimhaltungswille	62
1. Regelungskontext des Begriffs	63
2. Geheimhaltungsmaßnahmen im Überblick	64
a) Vertragliche Maßnahmen	65
b) Technische Maßnahmen	67
c) Organisatorische Maßnahmen	67
3. Angemessenheit der Maßnahmen im Einzelfall	69
V. Anwendungsbereich	72
D. Begriff des Know-how	74
E. Kein Recht des geistigen Eigentums	75
F. Grundrechtlicher Schutz	80
§ 3 Das Geschäftsgeheimnis im Zivilprozess	81
A. Erweiterter Informationszugang	82
I. Prozessgegner	82
II. Verfahrensöffentlichkeit	86
III. Prozessuale Funktionsträger	87
IV. Akteneinsicht Dritter und Urteilsveröffentlichung	89
V. Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	91
VI. Informationspflichten	94
1. Materiell-rechtliche Informationsansprüche	94
2. Prozessuale Vorlageanordnungen	97
B. Notwendigkeit der Geheimhaltung	98
I. Gefährdung des rechtlichen Schutzes	98
II. Bedrohung des Wettbewerbsvorteils	100
C. Bedürfnis nach prozessualen Geheimnisschutzmaßnahmen	102
§ 4 Zusammenfassung	104
Teil 2: Maßnahmen zivilprozessualen Geheimnisschutzes	106
§ 1 Der Status quo ante	106
A. Prozessrechtliche Geheimnisschutzregelungen	106
I. Gerichtliche Anordnungen gem. §§ 172 ff. GVG	106
1. Ausschluss der Öffentlichkeit	107
2. Gerichtlich angeordnete Geheimhaltungspflicht	109
II. Zeugnisverweigerungsrecht, § 384 Nr. 3 ZPO	111

B. Straf-, dienst- und berufsrechtliche Geheimhaltungspflichten	111
I. Justizangehörige	112
II. Ehrenamtliche Richter	116
III. Rechtsanwälte	118
1. Schutz von Drittgeheimnissen: Meinungsstand	120
2. Schutz von Drittgeheimnissen im Zivilprozess	121
IV. Sachverständige und Dolmetscher	123
C. Informationspflichten: Berücksichtigung von Geheimhaltungsinteressen	125
I. Umfassende Interessenabwägung im Einzelfall	126
II. Düsseldorfer Verfahren	130
1. Ablauf	130
2. Bewertung	132
III. Wirtschaftsprüfervorbehalt	135
§ 2 Weitergehende Lösungsansätze aus Literatur und Praxis	138
A. Fiktion der Geheimheit	139
B. Erleichterungen der Konkretisierung	141
I. Verfolgung der konkreten Verletzungsform	141
II. Subsidiarität von Beweismitteln mit Geheimnisbezug	145
C. Prozessuale Verzögerung der Geheimnisoffenbarung	146
D. Zwischenschaltung eines Dritten	148
I. Sachverständigenvorbehalt im Hauptsacheverfahren	148
II. Augenscheinsmittler	151
III. Dritter als mittelbares Beweismittel	152
E. Ausschluss des Prozessgegners	155
I. Rechtsprechung des BVerfG	158
1. BVerfG, NJW 2000, 1175 – Akteneinsicht im Verwaltungsprozess	158
2. BVerfG, NVwZ 2006, 1041 – „Telekom- Entscheidung“	159
3. Sondervotum des Richters Gaier zur „Telekom – Entscheidung“	161
II. Rechtsprechung des EuGH	162
III. Übertragbarkeit auf den Zivilprozess	163
IV. Notwendigkeit einer gesetzlichen Grundlage	165
F. Sanktionsbewehrte prozessuale Geheimhaltungspflichten	169
§ 3 Zusammenfassung	170

*Inhaltsverzeichnis*

Teil 3: Neuregelungen der §§ 16 ff. GeschGehG	173
§ 1 Anwendungsbereich: „Geschäftsgeheimnistreitsachen“	173
A. Vorgerichtliche Abmahnung	175
I. Verzicht auf Abmahnung	177
II. Nichtanwendung bzw. klägerfreundliche Auslegung des § 93 ZPO	178
III. Vorprozessuale Geheimhaltungsvereinbarung	179
B. Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	180
I. Systematische Auslegung	181
II. Richtlinienkonforme Auslegung	182
C. Anspruchsgrundlagen außerhalb des GeschGehG	183
I. Denkbare Anspruchsgrundlagen außerhalb des GeschGehG	183
II. Richtlinienkonforme Auslegung	186
III. Mittelbare Anwendbarkeit der §§ 16 ff. GeschGehG	187
1. Anspruchskonkurrenz	189
2. Anspruchshäufung	190
D. Antragsrecht der Passivpartei	191
E. Verfahren der Zwangsvollstreckung	193
§ 2 Einstufung einer Information als geheimhaltungsbedürftig	194
A. Einstufungsverfahren	195
I. Antrags- und Kennzeichnungserfordernis	195
II. Beschluss des Gerichts	198
III. Rechtsbehelfe	201
IV. Sicherstellung eines lückenlosen Geheimnisschutzes	202
1. Informationszugang unter Anordnungsvorbehalt	202
a) Keine Klage unter Vorbehalt	204
b) Einreichen einer vollständigen und einer teilgeschwärzten Fassung	205
2. Formelle Rechtskraft einer Aufhebungsentscheidung	209
B. Voraussetzungen der Einstufung	211
I. Glaubhaftmachung gem. § 20 Abs. 3 GeschGehG	212
1. Maßstab der Glaubhaftmachung	212
2. Anforderungen in der Praxis	214
3. Richtlinienkonformität	216

II. Rechtlicher Prüfungsmaßstab	220
1. Möglichkeit eines Geschäftsgeheimnisses	221
2. Vorgaben der GeschGeh-RL	223
III. Stellungnahme	224
C. Kein Ermessen des Gerichts	226
D. Geheimhaltungspflichten nach § 16 Abs. 2 GeschGehG	228
I. Verpflichteter Personenkreis	229
1. Kenntniserlangung „über das Verfahren“	230
2. Hinweispflicht, § 20 Abs. 5 S. 2 GeschGehG	231
II. Umfang der Pflichten	234
1. Nutzungs- und Offenlegungsverbot	234
2. Pflicht zur vertraulichen Behandlung	235
III. Zeitlicher Geltungsbereich der Pflichten, § 18 GeschGehG	239
1. Fortdauer der Pflichten	239
2. Verneinung durch rechtskräftiges Urteil	240
a) Umfang der materiellen Rechtskraft	240
b) Formell rechtskräftige Entscheidung ausreichend	242
3. Bekanntheit bzw. leichte Zugänglichkeit	243
IV. Ausnahmen	246
1. Nutzung und Offenlegung innerhalb von gerichtlichen Verfahren	246
2. Kenntniserlangung außerhalb des gerichtlichen Verfahrens	249
a) Beweislastumkehr	250
b) Illegale anderweitige Kenntniserlangung	251
3. Analoge Anwendung der §§ 3 Abs. 2, 5 GeschGehG	252
V. Sanktionsmechanismen	254
1. Ordnungsmittel nach § 17 GeschGehG	254
a) Verschuldenserfordernis	255
b) Beweiserleichterungen	256
c) Nur Auswahl- und Bemessungsermessen des Gerichts	258
d) Unzureichende Höhe der Ordnungsmittel	258
2. Materiell-rechtliche Ansprüche	262
3. Straf- und Berufsrecht	264
a) Kein Verstoß gegen „ne bis in idem“	265
b) Sonderregeln für Berufsgeheimnisträger	266

*Inhaltsverzeichnis*

c)	Strafbarkeit nach § 23 GeschGehG	267
d)	§ 353d Nr. 2 StGB	269
e)	Schaffung eines neuen Straftatbestands	270
E.	Einschränkung der Akteneinsicht Dritter, § 16 Abs. 3 GeschGehG	271
§ 3	Beschränkung des zugangsberechtigten Personenkreises	273
A.	Sachlicher Umfang der Beschränkung	273
I.	Gegenstand der Zugangsbeschränkungen	274
II.	Nicht geregelte Fälle	275
1.	Zugang zu gerichtlichen Entscheidungen	275
2.	Beweisaufnahme und Güteverhandlung	278
B.	Persönlicher Umfang der Beschränkung	279
C.	Verfahren	283
D.	Entscheidung des Gerichts	284
I.	Anzahl der zugangsberechtigten Personen	285
II.	Auswahl der zugangsberechtigten Personen	288
1.	Das Kriterium der Zuverlässigkeit	288
a)	Richtlinienkonformität	288
b)	Bestimmung der Zuverlässigkeit	289
c)	Unzuverlässigkeit fachkundiger Personen	290
d)	Anwendung auf Prozessvertreter und Syndikusrechtsanwälte	293
2.	Zweckmäßigkeit der Personenauswahl	295
III.	Kein Ermessen des Gerichts	297
E.	In-camera-Verfahren de lege ferenda?	299
I.	Möglichkeit	299
II.	Notwendigkeit	302
1.	Geschäftsgeheimnisverletzung als Streitgegenstand	302
2.	Geschäftsgeheimnisse als Beweismittel	305
a)	Beteiligung prozessual nicht erforderlich	305
b)	Beteiligung eines „independent agents“	306
3.	Informationspflichten	311
§ 4	Ausschluss der Öffentlichkeit	314
A.	Abhängigkeitsverhältnis zu § 19 Abs. 1 S. 1 GeschGehG	315
B.	Kein Ermessen des Gerichts	317
C.	Erweiterung des Anwendungsbereichs	318
§ 5	Anordnungen nach § 19 Abs. 1 S. 4 GeschGehG	319



A. Konkretisierung und Ergänzung der §§ 16 ff. GeschGehG	321
B. Eigenständige Maßnahmen	323
§ 6 Zusammenfassung	327
Teil 4: Geheimnisschutz außerhalb von Geschäftsgeheimnisstreitsachen	332
§ 1 Problemlage	332
§ 2 Lösungsmöglichkeiten	334
A. Keine analoge Anwendung der §§ 16 ff. GeschGehG	335
B. Verbindung mit einer Geschäftsgeheimnisstreitsache	337
C. Lösung über Verteilung der Darlegungs- und Beweislast	340
I. Fälle sekundärer Darlegungslast	344
II. Kein Schutz der primär darlegungsbelasteten Partei	348
D. Ausdehnung des Anwendungsbereichs der §§ 16 ff. GeschGehG	353
§ 3 Zusammenfassung	357
Fazit	359
Anhang: Vorschlag zur Neufassung der §§ 16 ff. GeschGehG	367
Literaturverzeichnis	371
Onlinequellen	389



## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
Alt.	Alternative
AnwBl.	Anwaltsblatt
AnwG	Anwaltsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ArbRB	Der Arbeits-Rechtsberater
Art.	Artikel
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayDG	Bayerisches Disziplinargesetz
BayDolmG	Gesetz über die öffentliche Bestellung und allgemeine Beeidigung von Dolmetschern und Übersetzern
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BayVwVfG	Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz
BB	Der Betriebsberater
BBG	Bundesbeamtengesetz
BDG	Bundesdisziplinargesetz
BDI	Bundesverband der deutschen Industrie e. V.
BeamtStG	Beamtenstatusgesetz
BeckOK	Beck 'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck Online Rechtsprechung
Begr.	Begründer
begr.	begründet
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BORA	Berufsordnung für Rechtsanwälte
BRÄK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRÄK Mitt.	BRÄK-Mitteilungen
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BR-Drs.	Bundesrat-Drucksache
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestag-Drucksache
BT-PIRr.	Bundestag-Plenarprotokoll

*Abkürzungsverzeichnis*

BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
CB	Compliance Berater
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CR	Computer und Recht
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
DesignG	Designgesetz
d. h.	das heißt
dies.	Dieselbe
LDG NRW	Disziplinargesetz für das Land Nordrhein-Westfalen
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DS-GVO	Verordnung (EU) 2016679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
Enforcement-RL	Richtlinie 2004/48/EG vom 29. April 2004
ErfK	Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht
ERVGerFöG	Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten
ErwGr.	Erwägungsgrund
et al.	und anderen
EU	Europäische Union
EuG	Europäisches Gericht erster Instanz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f.	folgende (Singular)
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FD-ZVR	Fachdienst Zivilverfahrensrecht
ff.	folgende (Plural)
FGO	Finanzgerichtsordnung
FS	Festschrift
GDolmG	Gesetz über die allgemeine Beeidigung von gerichtlichen Dolmetschern
GebrMG	Gebrauchsmustergesetz
gem.	gemäß
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
GeschGehG	Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen
GeschGeh-RL	Richtlinie (EU) 2016/943 vom 8. Juni 2016
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls

GGV	Verordnung (EG) Nr. 6/2002 des Rates vom 12. Dezember 2001 über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Rechtsprechungs-Report
GRUR-RS	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Rechtsprechungssammlung
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
HalblSchG	Halbleiterschutzgesetz
Hdb.	Handbuch
Herv. d. Verf.	Hervorhebung durch den Verfasser
hess. JuZuV	hessische Justizzuständigkeitsverordnung
HGB	Handelsgesetzbuch
h. M.	herrschende Meinung
h. L.	herrschende Lehre
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
Hs.	Halbsatz
i. d. R.	in der Regel
InsO	Insolvenzordnung
IPRB	Der IP-Rechts-Berater
ITRB	Der IT-Rechts-Berater
i. V. m.	in Verbindung mit
jM	juris – Die Monatszeitschrift
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KapMuG	Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz
Kartellschadensersatz-RL	Richtlinie 2014/104/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014
K/B/F	Köhler/Bornkamm/Feddersen
KG	Kammergericht
K&R	Kommunikation und Recht
krit.	kritisch
LAG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
lit.	Buchstabe
LK-StGB	Leipziger Kommentar Strafgesetzbuch

*Abkürzungsverzeichnis*

LMK	Fachdienst Zivilrecht – Lindenmaier-Möhring Kommentierte BGH-Rechtsprechung
MarkenG	Markengesetz
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Mitt.	Mitteilungen der deutschen Patentanwälte
MMR	MultiMedia und Recht
MAH ArbR	Münchener Anwalts Handbuch Arbeitsrecht
MAH GewRS	Münchener Anwalts Handbuch Gewerblicher Rechtsschutz
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NJ	Neue Justiz
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift, Rechtsprechungs-Report
NJWE-WettbR	Neue Juristische Wochenschrift – Entscheidungsdienst Wettbewerbsrecht
NK-StGB	Kindhäuser/Neumann/Paeffgen, Strafgesetzbuch
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
Nr.	Nummer
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht, Rechtsprechungs-Report
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
NZWiStR	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
öAT	Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht
öUWG	österreichisches Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
o. g.	oben genannten
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PatG	Patentgesetz
PatMoG-DiskE	Diskussionsentwurf zu einem Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Vereinfachung und Modernisierung des Patentrechts
PKH	Prozesskostenhilfe
RAW	Recht Automobil Wirtschaft
RdA	Recht der Arbeit
RegE	Regierungsentwurf
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
S.	Satz; Seite

schl.-hol. JermÜVO	schleswig-holsteinische Justizermächtigungsübertragungsverordnung
schl.-hol. MFG	schleswig-holsteinisches Mittelstandsförderungsgesetz
SortSchG	Sortenschutzgesetz
StBerG	Steuerberatungsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
stRspr.	ständige Rechtsprechung
SÜG	Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes und den Schutz von Verschlussachen
ThürMiStFödG	Thüringer Mittelstandsförderungsgesetz
TKG	Telekommunikationsgesetz
TRIPS	Agreement an Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights
TT-GVO	Verordnung (EU) Nr. 316/2014 der Kommission vom 21. März 2014
TVA-L BBiG	Tarifvertrag für Auszubildende der Länder in Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz
TV-L	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
UA	Unterabsatz
u. a.	unter anderem
UrhG	Urhebergesetz
USA	United States of America
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	von
v. a.	vor allem
VerpflG	Gesetz über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen
VerwRspr	Verwaltungsrechtsprechung
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
Vorb.	Vorbemerkung zu
VSA	Verschlussachenanweisung
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwVfG NRW	Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
z. B.	zum Beispiel
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert

*Abkürzungsverzeichnis*

ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess